

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Themen in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die Regierungserklärung des Bundeswirtschaftsministers Dr. Philipp Rösler zur Energieinfrastruktur, die erste Lesung des Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze sowie den Jahresabrüstungsbericht 2012, den die Regierung am heutigen Freitag im Deutschen Bundestag vorgestellt hat. Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. Regierungserklärung des Bundeswirtschaftsministers Dr. Philipp Rösler zur Energieinfrastruktur
2. Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze
3. Jahresabrüstungsbericht 2012
4. Relevantes aus Mannheim und der Region



Auf ins Konklave

1. Regierungserklärung des Bundeswirtschaftsministers Dr. Philipp Rösler zur Energieinfrastruktur

Am Donnerstag hat der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Philipp Rösler, seine Regierungserklärung zur Energieinfrastruktur in Deutschland abgegeben. In seiner Rede betonte Rösler die Bedeutung einer starken Energieinfrastruktur. Dabei verwies der Minister auf die drei Säulen Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit. Ausdrücklich lobte Rösler die umfangreiche Bürgerbeteiligung bei der Planung von Netzausbauprojekten.

Planungs- und Bauzeiten für neue Netze sollen von derzeit zehn auf vier Jahre verkürzt werden, denn nur so könne man Versorgungssicherheit und künftige Bezahlbarkeit garantieren. Da die Struktur der Stromerzeugung in Deutschland sich in den kommenden Jahren stark ändern wird, muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die es ermöglicht, Strom auch über weite Strecken zu transportieren. Beispielsweise muss der Strom, der in Windenergieanlagen im Norden Deutschlands produziert wird, in den Süden und Westen Deutschlands geleitet werden, wo die Verbrauchsschwerpunkte liegen. Um den Ausbau der Stromnetze zu beschleunigen, hat die Bundesregierung im Dezember 2012 einen Maßnahmenkatalog vorgestellt. Im Mittelpunkt steht dabei der Bundesbedarfsplan, der laut Rösler alle notwendigen Modernisierungsmaßnahmen für die kommenden zehn Jahre enthalte. Wenn Bundestag und Bundesrat zugestimmt haben, können die konkreten Planungen beginnen. Der Bundeswirtschaftsminister betonte, dass Bund und Länder gemeinsam agieren müssen, um den Ausbau der Stromtrassen erfolgreich voranzubringen. "Die Trassen laufen immerhin durch die gesamte Republik - durch ganz Europa. Da darf nicht autonom gehandelt werden. (...) Ein Erfolg beim Netzausbau ist nur möglich, wenn alle zusammenwirken: Bund, Länder und die Europäische Union", so Rösler. Der Vizekanzler kritisierte in seiner Rede die Alleingänge einiger Bundesländer beim Netzausbau. Diese möchten sich eigenständig versorgen und haben daher kaum Interesse an neuen, tausende Kilometer langen Verteilnetzen. Mit dem neuen Gesetz solle die Zuständigkeit auf den Bund übergehen.

2. Gesetz über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze

Im Anschluss an die Regierungserklärung des Bundeswirtschaftsministers debattierten die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in erster Lesung über den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze. Die Bundesregierung will den Ausbau der Stromnetze beschleunigen, um damit auf die Strukturveränderungen durch die Energiewende zu reagieren. Der zügige Ausbau der erneuerbaren Energien, die sukzessive Abschaltung der verbleibenden Kernkraftwerke und der Bau konventioneller Kraftwerke an neuen Standorten würden es erforderlich machen, Strom zunehmend über weite Strecken zu transportieren, heißt es in dem Gesetzesentwurf.

Insbesondere müsse der im Norden Deutschlands erzeugte Strom aus Windenergieanlagen und neuen konventionellen Kraftwerken zu den Verbrauchsschwerpunkten im Süden und Westen Deutschlands geleitet werden.

Insgesamt 36 Planungen für den Bau von Höchstspannungsleitungen seien hier energiewirtschaftlich notwendig. Um das Verfahren zu beschleunigen, soll nach Plänen der Bundesregierung eine Rechtswegverkürzung erfolgen. Künftig gibt es mit dem Bundesverwaltungsgericht nur noch eine Instanz für Rechtsstreitigkeiten mit Bezug auf Vorhaben des Bundesbedarfsplans. Der Netzausbau sei notwendig, da nur ein reibungsloser Transport des Stroms innerhalb Deutschlands die Energiewende ermögliche, „ohne auf den hohen Standard der Versorgungssicherheit verzichten zu müssen.“ Nach dem Energiekonzept der Bundesregierung soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2020 35 Prozent betragen; 2030 soll dieser Anteil bei 50 Prozent liegen, 2050 bei 80 Prozent.

3. Jahresabrüstungsbericht 2012

Am Freitag hat die Bundesregierung ihren Bericht zum Stand der Bemühungen um Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung sowie über die Entwicklung der Streitkräftepotenziale 2012, kurz Jahresabrüstungsbericht, vorgestellt. Die größten Herausforderungen für die internationale Sicherheit sind dem Bericht zufolge die Risiken der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die vom Iran, von Nordkorea und auch von Syrien ausgingen. Das fortschreitende iranische Nuklearprogramm bleibe eine Gefahr für die regionale Stabilität und Sicherheit im Nahen und Mittleren Osten.

Die Bundesregierung möchte nach wie vor eine diplomatische Lösung mit dem Iran. Um ihn zu Zugeständnissen zu bewegen, hätten sowohl die USA als auch die EU ihre Sanktionen gegenüber dem Land erheblich verschärft, vor allem in den Bereichen Finanzen, Energie und Transport. Die offizielle Bestätigung Syriens am 23. Juli 2012, Chemiewaffen zu besitzen, und die Drohung, diese im Fall externer Aggression auch einzusetzen, habe die Bundesregierung "auf das Schärfste verurteilt", heißt es in dem Bericht. Sie fordert das Assad-Regime und gleichermaßen die Vertreter einer möglichen künftigen syrischen Regierung dazu auf, die Chemiewaffen zu vernichten und dem Chemiewaffen-Übereinkommen beizutreten.

Nordkorea habe weiterhin die Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft hinsichtlich seines Nuklear- und Raketenprogramms verweigert. Mitte April 2012 ist der Test einer nordkoreanischen Langstreckenrakete fehlgeschlagen, am 12. Dezember 2012 wurde diese dann erfolgreich getestet. Die Bundesregierung habe beides verurteilt und sich für eine starke Resolution des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie weitere Sanktionsverschärfungen, auch auf EU-Ebene, eingesetzt.

4. Neues aus Mannheim und der Region

Deutscher Bürgerpreis 2013

Ich möchte Sie auf den bundesweiten Ehrenamtspreis 2013 aufmerksam machen. Diesjähriges Motto des Wettbewerbs ist „Engagiert vor Ort: mitreden, mitmachen, mitgestalten!“ Der Preis zeichnet Personen, Projekte und Unternehmer aus, die durch ihr ehrenamtliches Engagement die Mitmachkultur in den Kommunen stärken.

Es werden engagierte Menschen gesucht, die Hand in Hand mit den Kommunen und zusammen mit anderen Ehrenamtlichen Ideen zur Verbesserung der Lebensqualität vor Ort entwickeln. Deutschlands größter bundesweiter Ehrenamtspreis lobt Preisgelder im Wert von insgesamt rund 310.000 Euro aus. Seit 2003 wurden 1500 Personen und Projekte mit dem Deutschen Bürgerpreis ausgezeichnet; insgesamt gingen dabei Preisgelder von über zwei Millionen Euro an die Ehrenamtsprojekte. Somit trägt der Ehrenamtspreis zu einer Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland bei. Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen über den Deutschen Bürgerpreis sind auf der Website www.deutscher-buergerpreis.de abrufbar. Bewerbungsschluss ist der 30. Juni 2013. Informationen können auch in meinem Büro (Tel.:030-227-72292) bezogen werden.

Innovationsmeile in der Kurpfalzstraße

Seit vielen Jahren informiert Altstadtrat Paul Buchert über Innovationen, Entdecker, Erfinder und Pionierleistungen. Er war auch Initiator des Denkmals für den „badischen Leonardo da Vinci“, für Karl Drais, der die Laufmaschine, den Klavierrekorder, die Schreibmaschine und vieles andere mehr erfunden hat. Der Siegeszug des Fahrrads, Motorrads, Automobils begann mit der Erfindung des Zweirads, die sich 2017 zum 200. Mal jährt. Spätestens bis zu diesem Jubiläumsjahr will Paul Buchert zusammen mit mir, Egon Manz und Markus Schmidt eine Innovationsmeile in der Kurpfalzstraße verwirklicht sehen. Vorbild ist der „walk of fame“ in Los Angeles. Erfinder wie Carl Benz, Karl Drais, Karl Bosch, Friedrich Bergius, Julius Hatry und Johann Schütte, Entdecker wie Christian Mayer und innovative Leistungen sollen dabei auf Platten dargestellt werden, die in der Straßendecke bzw. auf dem Bürgersteig platziert werden. Paul Buchert: „Wir haben dann eine einmalige Innovation in Mannheim, den einzigen „walk of innovation“. Es werde dann sichtbar, ja fußläufig erfahrbar, dass es in keiner vergleichbaren Stadt bzw. Region so viele bedeutende Innovationen gegeben habe wie in Mannheim und Umgebung. Die Innovatoren sollen so dargestellt werden, dass man stolz auf sie ist, ihnen nacheifert und sie zum Vorbild nimmt. Dadurch würden Erfindersinn, Pioniergeist sowie die Suche nach neuen Wegen, neuen Aktivitäten in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Sport, Bildung und Gesundheit angeregt und gefördert, was sich für die Bewerbung Mannheims als Kulturhauptstadt Europas und als Stadt der Bundesgartenschau positiv auswirke.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: egon.juettner@bundestag.de

Internet: www.egon-juettner.de